

Pressemitteilung

Nr. 207/2023

Kiel, 04.10.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

# Wikingeck: Der Bund muss sich deutlich stärker an den Kosten beteiligen!

*Zum heutigen Beginn der Sanierungsmaßnahmen am Wikingeck in Schleswig erklärt der umweltpolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:*

Heute endlich ist der Tag, für den wir so lange gekämpft haben: Mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten am Wikingeck geht es einer der größten Umweltsünden Schleswig-Holsteins an den Kragen.

Mein Respekt und Dank gilt allen guten Kräften, die diesen Erfolg möglich gemacht haben. Allen voran der Kreis Schleswig-Flensburg, in dem Politik und Verwaltung das Vorhaben nicht nur energisch voran getrieben haben, sondern auch noch in finanzielle Vorleistung gehen.

Denn obwohl ein Großteil der kontaminierten Fläche im Eigentum des Bundes steht, weigert sich die Bundesregierung beharrlich, entsprechende finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Im Jahr 2020 hatte der damalige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, noch zugesagt, der Bund werde zwei Drittel der Sanierungskosten übernehmen. Davon will der heutige Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) aber nichts mehr wissen, sondern sich lediglich mit 12 Prozent beteiligen. Das ist ganz schlechter Stil.

Ich wünsche dem Kreis und der mit den Maßnahmen beauftragten Arbeitsgemeinschaft "Altlastensanierung Wikingeck" gutes Gelingen, und dass sich die Sanierungskosten tatsächlich in dem veranschlagten Rahmen bewegen.

Von der Bundesregierung erwarte ich, dass sie endlich Klarheit schafft und sich auskömmlich an den Sanierungsmaßnahmen beteiligt. Hier ist das letzte Wort ganz sicher noch nicht gesprochen!